KURZINFORMATIONEN

beschäftigten sich die Bischöfe auch mit dem Problem der christlichen Dalit. Den Bischöfen ging es dabei um die Gleichstellung der christlichen Dalit mit den Angehörigen der übrigen unteren Kasten und Kastenlosen, denen gesetzlich besondere Privilegien und Sonderrechte zugestanden werden, die man den christlichen Dalit verweigert. Die Bischofskonferenz hat eine Eingabe an die indische Regierung gemacht, um endlich die rechtliche Gleichstellung der Dalit zu erreichen. Die bisherigen Versuche, eine solche Gleichstellung zu erreichen, sind immer gescheitert, weil die Regierung sich der von den Hindu-Parteien vorgebrachten Argumentation anschloß, daß sich die christlichen Dalit durch ihre Zugehörigkeit zu den Kirchen in einer sozial besseren Lage befänden als die übrigen Dalit.

Innerkirchlich ist das Problem der katholischen Dalit in der letzten Zeit immer brennender geworden. Unterstützt von den Dalit-Theologen und gestärkt durch ihre Organisation in Aktionsgruppen haben sie begonnen, sich gegen ihre Diskriminierung und Zurücksetzung innerhalb der Kirche zu wehren. Sie fordern ein Ende der Ausgrenzungen der Dalit durch die Katholiken der höheren Kasten. In einigen Kirchen in Tamil Nadu und anderswo gelten weiterhin besondere Vorschriften in der Sitzordnung, beim Kommunionempfang, in der Mitarbeit in den Pfarreien, in der Friedhofsordnung etc., durch die sich die Dalit diskriminiert fühlen. Die Zahl der Dalit unter den Priestern ist verschwindend gering, im Episkopat sind sie gerade mit zwei Bischöfen vertreten. Immerhin haben die Bischöfe bei ihrer Vollversammlung im Februar 1996 beschlossen, für die christlichen Dalit in kirchlichen Institutionen und Schulen bestimmte Quoten festzusetzen, um ihnen eine bessere Ausbildung und Berufsmöglichkeiten zu sichern.

Das Buch des bekannten indischen Journalisten Arun Shourie: "Missionare in Indien, Kontinuitäten, Wandlungen und Dilemmas", das 1994 erschien, hat zu einer lebhaften Diskussion über die Bewertung der christlichen Mission in Indien geführt. Der Autor war bei einem Studienseminar der

bischöflichen Kommission für Soziale Kommunikation aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Errichtung der indischen Bischofskonferenz eingeladen worden, zu dieser Thematik aus der Sicht eines Hindus zu sprechen. Shourie kritisiert die christlichen Kirchen, indem er auf ihre Besessenheit von Statistiken hinweist, mit denen sie belegten, daß es ihnen immer noch gelinge, neue Konvertiten zu gewinnen. Die Kirchen setzten immer stärker auf ihre Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Sozialstationen, Presseerzeugnisse, d. h. auf materielle Dinge. Spirituelle und religiöse Belange verschwinden demgegenüber für den Hindu-Beobachter immer mehr aus den Augen.

Die Kritik Shouries richtet sich grundsätzlich gegen das Ziel der Bekehrung, die von den Hindus als Attacke gegen ihre eigene Identität verstanden wird. Er bemüht viele Zitate aus den letzten zweihundert Jahren, um zu belegen, wie Missionare und englische Administratoren nicht müde wurden, den Hinduismus und große Bereiche der indischen Kultur als dekadent und dem Untergang preisgegeben darzustellen. Nach der Entstehung des unabhängigen Indien hätten die christlichen Kirchen zwar Änderungen in ihrem Ansatz und ihrer Sprechweise vorgenommen. Shourie erwähnt neuere Einsichten in der christlichen Theologie, die auf der einen Seite die anderen Religionen neu bewerteten, und Anstöße aus der Theologie der Befreiung, die die Anliegen der Dalit und der Stammesbevölkerung in den Mittelpunkt rückten. Shourie würdigt die Bestrebungen für Kontextualisierung und Inkulturation seitens der indischen christlichen Kirchen. Aber er weist auf ein offensichtliches Dilemma hin, wenn er Kardinal Tomko zitiert, der 1991 Indien als das Epizentrum aller Häresien ausgemacht habe, weil die indischen Theologen dem missionarischen Elan der indischen Kirche den Garaus gemacht hätten. Das Dilemma besteht für ihn zwischen der erklärten Bereitschaft, die anderen Religionen zu achten und mit ihnen in einen Dialog einzutreten, und dem Festhalten an der Bekehrung möglichst vieler Angehöriger dieser Religionen. Georg Evers

Kurzinformationen

Schlagabtausch mit FDP-Generalsekretär Westerwelle zum Staat-Kirche-Verhältnis

Der scheidende Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, wies in einem KNA-Interview (1.6.96) Überlegungen von FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle zur Reform der Staat-Kirche-Be-

ziehungen in Deutschland zurück, die dieser in einem Interview mit der evangelischen Presseagentur Idea geäußert hatte (11.4.96). Zu der von Westerwelle angekündigten "öffentlichen Debatte" über dieses Thema werde es schon deshalb kommen, so Schätzler, "weil ein Teil der Politiker nicht mehr in der Lage ist, sowohl die historischen Gründe wie auch die gesellschaftlichen Entwicklungen zu

durchschauen, in der rechten Weise einzuordnen und zu werten". Westerwelle hatte den umstrittenen Hamburger Parteitagsbeschluß der FDP von 1974 als weiterhin gültig bezeichnet. Die Liberalen anerkennten die Rolle der Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und die "Mitverantwortung der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften für die Gestaltung des Zusammenlebens in Staat und Gesell-

schaft. Sie träten aber für eine "deutlichere, keine völlige Trennung" nach dem französischen oder mexikanischen Modell ein. Die Aussage von Westerwelle, "nicht die Institution, sondern das Individuum soll Vorrang haben", so Schätzler, sei zwar richtig, sei aber nicht so zu verstehen, als müsse die Freiheit der gesellschaftlichen Institutionen eingeschränkt und ihr Wirken zurückgedrängt werden. Die Abschaffung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer, so hatte Westerwelle in dem Interview gesagt, solle durch "Vereinbarungen zwischen Kirchen und Staat..., nicht durch eine einseitige staatliche Entscheidung" erreicht werden. Angesichts des geringen Anteils an Kirchensteuer, der in den sozial-karitativen Bereich fließe, sehe er keine "große Katastrophe" heraufziehen. Schätzler dagegen: Kirchensteuer werde nicht erhoben, weil "die Kirche vorrangig eine sozial-karitative Institution ist, sondern sie ist ein freiwilliger Beitrag ihrer Mitglieder, um das Leben der Kirche zu entfalten und damit in den Zustand zu versetzen, ihren Aufgaben, das Wort Gottes zu verkünden, Seelsorge zu betreiben, auch karitative Initiativen und Aktivitäten einzurichten, gerecht zu werden".

Vollversammlung des Rates europäischer Bischofskonferenzen

Der Rat der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) hielt seine diesjährige Vollversammlung vom 30. Mai bis 2. Juni im österreichischen Wallfahrtsort Mariazell ab. Seit 1993 sind die jeweiligen Konferenzvorsitzenden Mitglieder im 1971 ins Leben gerufenen CCEE. Zu den dreißig Konferenzvorsitzenden kommen noch je ein Bischof aus Rußland, Weißrußland und Luxemburg als Ländern ohne Bischofskonferenz. Das im Frühjahr 1993 neu gewählte Präsidium des Rates (vgl. HK, Mai 1993, 224ff.) wurde jetzt bei der Vollversammlung in Mariazell für eine Amtsperiode von fünf Jahren bestätigt: Präsident des CCEE bleibt der Erzbischof von Prag, Kardinal Miloslav Vlk; als Vizepräsidenten wurden der Mainzer Bischof Karl Lehmann (für die Westhälfte Europas) und der Erzbischof des ungarischen Eger (Erlau), István Seregély (für die Osthälfte des Kontinents) bestätigt. Für einzelne Gruppen bzw. Aufgabenbereiche auf europäischer Ebene bestimmt der CCEE delegierte Bischöfe: Zuständig für die Laien ist der polnische Erzbischof Jozef Michalik (Przemysl), für die Priester Erzbischof Lucien Daloz von Besançon, für die Ordensleute der Antwerpener Bischof Paul van den Berghe. Die Katechese betreut für den CCEE Weihbischof Cesare Nosiglia (Rom), Fragen der Migration der Luxemburger Erzbischof Fernand Franck. Präsident des Medienkomitees ist der englische Bischof Crispian Hollis (Portsmouth). Ausführlich befaßte sich der CCEE bei seiner jüngsten Vollversammlung mit der Lage in Bosnien-Herzegowina. Dem Pressekommuniqué zufolge machte er sich die Meinung der Bischöfe Bosnien-Herzegowinas zu eigen, "daß nach der Einstellung der Kriegshandlungen der Friede erst dann Wirklichkeit wird, wenn die Grundrechte jedes einzelnen, insbesondere das Recht auf freie Religionsausübung, auf Bewahrung der Kultur, Sprache und ethnischer Identität (Recht auf Heimat) gesichert sind". Angesichts der schwierigen Situation in Algerien beschloß die CCEE-Vollversammlung, im Herbst eine Delegation zur nächsten Sitzung der nordafrikanischen Bischofskonferenz zu entsenden. Die nächste Vollversammlung des CCEE wird voraussichtlich im Oktober 1997 im polnischen Tschenstochau stattfinden.

Papstbesuch in Slowenien

Die Slowenienreise Johannes Pauls II. vom 17. bis 19. Mai fiel in eine Zeit höchster politischer Anspannung (vgl. HK, Mai 1996, 228 ff.) im Land. So bat der slowenische Staatspräsident *Milan Kučan* den Papst am Ende des dreitägigen Besuches, sein Land im Bemühen um den inneren Frieden und den "erfolgreichen Weg in die gemein-

samen europäischen Institutionen" zu unterstützen. Als einen Höhepunkt der Papstvisite werteten Beobachter die Begegnung Johannes Pauls II. mit Vertretern von Wissenschaft und Kunst in Maribor. Dabei betonte der Papst, im derzeitigen "Klima der Angst und des Mißtrauens" und der offensichtlichen Verwirrung der europäischen Kultur müsse die Beziehung zwischen Christentum und Kultur, zwischen Glaube und Vernunft in neuer Weise betrachtet werden. Mit Bezug auf antiklerikale Strömungen in Teilen der slowenischen Öffentlichkeit unterstrich der Papst, die Kirche habe keinen anderen Ehrgeiz, als den Menschen das Heil in Jesus Christus zu verkünden. Niemand brauche vor der Kirche Angst zu haben. "Sie ist an der Seite derer, denen die Würde des Menschen und seine wahre Freiheit am Herzen liegt. Sie war eine treue Hüterin eurer historischen Erinnerung und der vornehmsten Tradition des slowenischen Volkes, und sie wird es weiterhin sein." Weitere Stationen der Papstreise waren Postojna, wo der Papst an einem Fest mit 50 000 Jugendlichen teilnahm. Begonnen hatte die Reise in Ljubljana. Dort hatte Johannes Paul II., der auf der Reise seinen 76. Geburtstag beging, die rund 120 000 Gläubigen bei der Meßfeier anläßlich des 1250. Jahr-Gedenkens der Christianisierung des slowenischen Volkes aufgerufen, der Gefahr des Auseinanderklaffens von Glaube und Kultur, Glaube und Alltag entgegenzuwirken. Bei einem Treffen mit Geistlichen, Ordensleuten und Vertretern katholischer Laienorganisationen hatte Johannes Paul II. Bischöfen und Priestern für die Verkündigung des Evangeliums und die Verteidigung der unveräußerlichen Rechte jedes Menschen in den Krisenzeiten der slowenischen Geschichte gedankt. In diesem Zusammenhang würdigte der Papst die Person des 1862 verstorbenen Mariborer Bischofs Anton Maria Slomšek, dessen Seligsprechung während der Reise ursprünglich erwartet worden war, die jedoch wegen Verzögerungen beim Seligsprechungsverfahren verschoben werden mußte.

Weltweite Empörung über die Ermordung von sieben Trappisten in Algerien

Nach einer zwei Monate dauernden Entführung wurden sieben französische Trappisten in Algerien von Mitgliedern der Terroristenvereinigung GIA (Groupe islamique armé) ermordet. In einem vom 21. Mai datierten Bekennerschreiben heißt es, die "Exekution" habe am Morgen des gleichen Tages stattgefunden. Bei der Gruppe der entführten und anschließend ermordeten Mönche handelt es sich um sieben Mitglieder einer Trappistengemeinschaft in Tibehirine bei Medea. Die 70 Kilometer südwestlich von Algier gelegene Stadt Medea gilt als Hochburg der Islamisten. Die Getöteten wurden mit durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden. Die Entführer hatten von den französischen Behörden die Freilassung von in Frankreich einsitzenden islamistischen Aktivisten verlangt und für den Fall, daß man sich dazu nicht bereit finde, die Tötung der Geiseln angedroht. Die französische Regierung hatte sowohl Gespräche als auch Verhandlungen mit der GIA verweigert; dennoch gab es Kontakte. In politischen Analysen wurde der Mord an den sieben Trappisten als Hinweis auf die Tatsache gedeutet, daß Teile der GIA ohne Kontrolle ihrer Führung operieren (Jeune Afrique, 5.–11.6.96). Presseschätzungen zufolge fielen seit Anfang 1994 18 Ordensleute Anschlägen zum Opfer. Vier Wochen nach der Entführung der sieben Trappisten waren in der Pariser Kathedrale Notre-Dame im Rahmen einer interreligiösen Feier sieben Kerzen entzündet worden, die bis zu ihrer Befreiung angezündet bleiben sollten. Nach Bekanntwerden der Ermordung löschte der Pariser Erzbischof, Kardinal Jean-Marie Lustiger, die Kerzen bei einer Trauerfeier. Die Gemeinschaft der Katholiken Algeriens erreichte in den Tagen nach der Ermordung der Trappisten auch die Nachricht vom Tode des aus Frankreich stammenden, 82jährigen früheren Erzbischofs von Algier, Kardinal Léon-Etienne Duval.

Treffen der CELAM-Glaubenskommissionen

Die zunehmende Säkularisierung und die vielfältigen Bedrohungen des menschlichen Lebens in seinen verschiedenen Phasen (vom Drogenhandel zur Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebungen über Massensterilisierung, Euthanasie, Genmanipulation und die besorgniserregende Ausbreitung von AIDS), das Vordringen fundamentalistischer Sekten und die Auseinandersetzung mit den sogenannten in-

dianischen und afro-amerikanischen Theologien - diese Themen standen im Mittelpunkt eines Treffens des Präfekten der vatikanischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, mit den Vorsitzenden der Kommissionen für die Glaubenslehre der 22 Bischofskonferenzen Lateinamerikas Anfang Mai im mexikanischen Guadalajara (vgl. das Abschlußkommuniqué in Osservatore Romano 13./14.5.96). Einem Korrespondentenbericht der französischen Tageszeitung La Croix zufolge (23.5.96) unterstrich Ratzinger dazu gegenüber der Presse, man habe sich während des Treffens um die Trennung der positiven Elemente der Befreiungstheologie, der Bewegung und Theologie der Ureinwohner von deren gesellschaftsgefährdenden Momenten bemüht. Wörtlich kritisierte er "Pseudo-Theologien", die nach Lateinamerika kämen, die indigene Bevölkerung beeinflußten und sie zu folkloristischen Objekten degradierten, mit der Absicht, den Tourismus zu befördern. Vorrangiges Ziel der Begegnung sei es gewesen, die "Wirklichkeit des religiösen Lebens in Lateinamerika näher kennenzulernen" und um die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Lehrkommissionen und der Kongregation für die Glaubenslehre zu verbessern. Treffen dieser Art finden in unregelmäßigen Abständen immer wieder statt.

Bücher

FRANÇOIS FURET, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. Verlag Piper, München 1996. 723 S. 88.– DM.

Wie erklärt sich die Faszination, die der Sowjetkommunismus seit der Oktoberrevolution bis kurz vor seinem Zusammenbruch auf viele Menschen, nicht zuletzt Intellektuelle, in Westeuropa ausübte? Warum hat man dieser politischen Ideologie so viel Kredit eingeräumt und dabei die schreckliche Wirklichkeit der totalitären Diktatur verdrängt? Um eine Antwort auf diese Frage geht es dem bekannten französischen Historiker Furet in seinem glänzend geschriebenen (und gut übersetzten) Buch über den Kommunismus im 20. Jahrhundert, das mit Recht viel Beachtung gefunden hat. Furets Buch ist keine Geschichte der Sowjetunion und

ihrer Rolle in Europa, auch keine Ideengeschichte der kommunistischen Ideologie. Es handelt sich vielmehr um einen großangelegten Essay, der die Faszination durch den Kommunismus in ihren verschiedenen Phasen und Spielarten analysiert und sie mit der faktischen Entwicklung der Sowjetunion konfrontiert. In seinem Aufbau folgt das Buch der Chronologie der Ereignisse und Entwicklungen von der